

Friedensgutachten 2010: Neue Afghanistanpolitik und Wege aus dem Bürgerkrieg

Die fünf führenden deutschen Friedensforschungsinstitute präsentieren am 18. Mai das Friedensgutachten 2010. Es überprüft die neue Afghanistanstrategie und formuliert Handlungsoptionen mit dem Ziel, die Sicherheit der Menschen in Afghanistan nachhaltig zu verbessern. Den Schwerpunkt des Buches bildet die Frage, wie sich Aufständische weltweit in die konstruktive Lösung innerstaatlicher Konflikte einbeziehen lassen. Sicherheitsgarantien, materielle Anreize und Partizipation können Wege aus dem Bürgerkrieg ebnen. Das Gutachten analysiert zudem den Nuklearstreit mit Iran, schlägt Schritte in eine atomwaffenfreie Welt vor und untersucht die Folgen der Weltwirtschaftskrise für Rüstungsbudgets, arme und fragile Staaten.

Die Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft e.V. in Heidelberg, das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, das Bonn International Center for Conversion und das Institut für Entwicklung und Frieden in Duisburg stellen im aktuellen Friedensgutachten fest: Die Bilanz nach fast neun Jahren Afghanistankrieg ist katastrophal. Die bisherige Afghanistanpolitik ist gescheitert. Ob und wie die Aufständischen mit der neuen Strategie militärisch zurückzudrängen sind und ein legitimer und funktionsfähiger Staat zu erreichen ist, lässt sich nicht vorhersagen. Zu fragil ist der afghanische Staat, zu korrupt seine Regierung, zu fragmentiert seine Gesellschaft und zu widersprüchlich sind die Interessen von Afghanistans Nachbarn. Nur eins scheint sicher: Sofern es überhaupt noch gelingt, das Land zu stabilisieren, wird der Westen in Sachen Demokratie- und Menschenrechtsstandards Abstriche machen müssen. Das vorrangige friedenspolitische Ziel muss es sein, die Sicherheit der Menschen in Afghanistan nachhaltig zu verbessern, auch wenn dies bedeutet, dass Afghanistan weniger „westlich“ ist als gedacht.

Das Gutachten fordert mit seinem Schwerpunkt, dass sich Friedenspolitik entschieden mehr als bisher mit innergesellschaftlichen Kriegen befasst. Zwar ist die Zahl zwischenstaatlicher Kriege zurückgegangen, nicht aber die der Bürgerkriege, Aufstände und anderer Spielarten innerstaatlicher Gewalteskalation. Sie dauern oft Jahre, fordern einen hohen Blutzoll und zerstören die gesellschaftlichen Fundamente ohnehin schwacher Staaten. Die Friedensforscherinnen und Friedensforscher präsentieren kreative Strategien, mit denen sich Gewaltakteure in politische Kontrahenten, Konkurrenten, gar Kooperationspartner verwandeln lassen. Dazu gehören materielle Anreize und Sicherheitsgarantien für die, die man politisch reintegrieren will, institutionelle Arrangements, Machtbeteiligung, vor allem aber staatliche Reformen, um den Regierenden mehr politische Legitimität zu verschaffen. Keine Konfliktpartei darf dabei von vornherein ignoriert und ausgeschlossen werden; wer nichtstaatliche Gewaltakteure pauschal als Terroristen denunziert, unterstützt nicht selten staatliche Gewalttäter und schließt potenzielle Partner für Friedensverhandlungen aus.

Zudem greift das Friedensgutachten 2010 einmal mehr die Vision einer atomwaffenfreien Welt auf. Sie gewinnt in dem Maß prominente Fürsprecher, in dem das Risiko wächst, dass Atomwaffen oder Spaltmaterial für den Bombenbau Terroristen in die Hände fallen könnten. Trotz erster Erfolge ist der Weg zu *Global Zero* noch weit. Die NATO-Staaten müssen ihre Atomwaffen nach und nach abrüsten und ihre Sicherheits- und Militärdoktrinen entsprechend umstellen; alle taktischen US-Atomwaffen sollten aus Deutschland abgezogen werden. Die Bundesregierung sollte im Rahmen des NVV für den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen eintreten und zudem auf einen europäischen Aktionsplan *Global Zero* drängen. Nur so kann Europa zu einem Motor für eine atomwaffenfreie Welt werden.

Das Gutachten hält die weitere Verschärfung der Sanktionen im Nuklearstreit mit Iran für wenig aussichtsreich. Das iranische Interesse an regionaler Stabilität sollte aufgegriffen werden. Zudem sollte Washington die diplomatischen Beziehungen mit Teheran wieder aufnehmen und

unmissverständlich signalisieren, dass die USA keinen Waffengang gegen iranische Nuklearanlagen oder einen gewaltsamen Regimewechsel beabsichtigen.

Schließlich warnen die Friedensforscher davor, den Folgen der Weltwirtschaftskrise zugunsten der eigenen Industrien mit verstärktem Rüstungsexport zu begegnen. Sie fordern einen verbindlichen Waffenhandelsvertrag, mit dem sich völkerrechtliche Standards zur Beurteilung von Kauf-, Verkaufs- und Transitgeschäften festschreiben lassen. Für Länder der Dritten Welt und fragile Staaten kann die Weltwirtschaftskrise katastrophale Auswirkungen haben. Die Situation der Ärmsten der Armen hat sich weiter verschlechtert. Nüchterne Sicherheitskalküle verbieten es, die besonders schwachen Mitglieder der Staatenwelt mit den Folgen der Krise sich selber zu überlassen. Waffenkäufe mögen zwar kurzfristig dazu beitragen, Krisenphänomene und sozialen Protest mit Gewalt unter Kontrolle zu halten, sie taugen jedoch nicht zur Bekämpfung der Armut. Das Friedensgutachten 2010 empfiehlt, den Folgen der Krise mit einer Kombination aus wirtschaftlicher Unterstützung, sozialer Abfederung der Krisenfolgen und Stärkung lokaler Regierungsfähigkeit zu begegnen. Angesichts der durchlässigen heutigen Grenzen sind Gewaltpotenziale auch in geostrategisch nachrangigen Staaten ernst zu nehmen. Deshalb plädiert das Friedensgutachten 2010 für den Aufbau robuster staatlicher Institutionen – was passiert, wenn das versäumt wird, ist in Afghanistan zu beobachten.

Pressekontakt:

Christiane Fröhlich (FEST e.V.)

0151 22 65 40 66

christiane.froehlich@fest-heidelberg.de

Weitere Informationen unter www.friedensgutachten.de